

# **Wissensvernichtung und Zensur heute**

**Ergebnisse zum Projekt „Wissen in Flammen“**

**Klasse 10M, Gymnasium Helene-Lange-Schule Hannover**

# Bücherverbrennung damals und heute

1933 brannten in Deutschland die Werke zahlreicher Autor:innen, die den Nationalsozialisten verhasst waren.

Ausgehend von dieser Zerstörungsaktion fragte unsere Arbeitsgruppe nach der **Aktualität der Bücherverbrennung:**

**Welche Bedeutung haben die Ereignisse von damals für unsere heutige Gesellschaft? Gibt es noch immer Formen der Wissensvernichtung? Was sollten wir aus der Vergangenheit lernen?**

# Erster Fall: Wie Trump die USA zensiert

## I. Kürzungen von Fördermitteln an Universitäten

Im März 2025 kürzte Trump 800 Millionen Euro an Fördermitteln für die **Johns-Hopkins-Universität**. Dadurch mussten 2.000 Wissenschaftliche Mitarbeiter entlassen werden, u.a. bei der Entwicklungsbehörde USAID.

Der **Harvard Universität** werden im April 2025 über 2,2 Mrd. Dollar an mehrjährigen Zuschüssen gestrichen, nachdem die Universitätsleitung sich gegen Forderungen von Trump gestellt hat. Der Harvard-Präsident betont in seiner Replik die Wichtigkeit der Freiheit des Denkens und der Forschung.

Am 21. April verklagt die Universität die Regierung. Diese verletze die Redefreiheit und stelle eine Gefahr für die akademische Freiheit dar.

# Erster Fall: Wie Trump die USA zensiert

## II. Zensur in der Amtssprache

Die Regierung unter Präsident Trump streicht über 200 Wörter aus der Amtssprache. Bundesbehörden werden angewiesen, bestimmte Begriffe eingeschränkt oder gar nicht zu verwenden. Betroffen sind vor allem Begriffe, die sich mit Themen wie Klimawandel, Geschlechtsvielfalt, soziale Gerechtigkeit und Minderheitenrechte (z.B. LGBTQ, Feminismus) befassen.

## III. Bücherzensur

Immer häufiger werden Bücher als Lektüren an US-amerikanischen Schulen verboten. Im Schuljahr 2023/2024 gibt es laut dem US-Autorenverband PEN America an Schulen über 10 000 Bücherverbote. Betroffen sind Werke, die bspw. Rassismus oder LGBTQ+-Inhalte thematisieren und ‚als‘ anstößig bezeichnet werden

# Zweiter Fall: Zensur in Putins Russland

## I. Zensur im Internet

Mehrere im Jahr 2010 verabschiedete Gesetze erlauben es der russischen Regierung, Websites ohne Gerichtsprozess unter dem Vorwand, Terrorismus zu verhindern, zu sperren. In Russland sind z.B. Facebook, Instagram, Netflix, Twitter YouTube sowie verschiedene Zeitungen wie DIE ZEIT, die FAZ gesperrt.

Damit verhindert die russische Regierung, dass Bürger:innen andere Perspektiven über den Ukraine-Krieg oder die generelle politische Lage in Russland erlangen können. Die Hauptinformationsquelle ist somit das Fernsehen.

# Zweiter Fall: Zensur in Putins Russland

## II. Staatsfernsehen

64% der Russen informieren sich über das Staatsfernsehen (Q6), also Medien, die vom Staat kontrolliert werden und diesem erlauben, Informationen nach den eigenen Vorstellungen zu verbreiten. Dies ist auch in Artikeln der russischen Nachrichtenagentur Tass zu sehen, in denen ausschließlich prorussisch berichtet wird.

So berichtet die Tass z.B. von 191 Toten bei russischen Zivilisten durch die Kursk-Offensive 2024 (Q2). Von insgesamt 12.910 toten Zivilisten auf ukrainischer Seite ist auf der Website der Tass keine Rede (Q3).

MOSKAU, 23. April. /TASS/. Mehr als 190 Zivilisten sind in der Region Kursk gestorben, seit die Ukraine im August 2024 in sie einmarschiert ist, sagte das russische Untersuchungskomitee in einer Erklärung.

"Seit der illegalen Invasion ukrainischer Militante auf dem Territorium der Russischen Föderation im August 2024 wurden in der Region Kursk 191 Zivilisten getötet, 372 Menschen wurden verletzt, darunter 17 Minderjährige. Zivile Infrastruktureinrichtungen wurden zerstört und teilweise beschädigt: Wohngebäude, Schulen, Kindergärten und Fahrzeuge", heißt es in der Erklärung.

Es hieß auch, dass mehr als 49.000 Menschen von den Kämpfen negativ betroffen waren. "Mehr als 49.000 Menschen wurden als in den eingeleiteten Strafverfahren betroffen anerkannt, die notwendigen forensischen Untersuchungen wurden ernannt und die Aussagen der Betroffenen und Augenzeugen wurden aufgezeichnet", sagte der Untersuchungsausschuss.

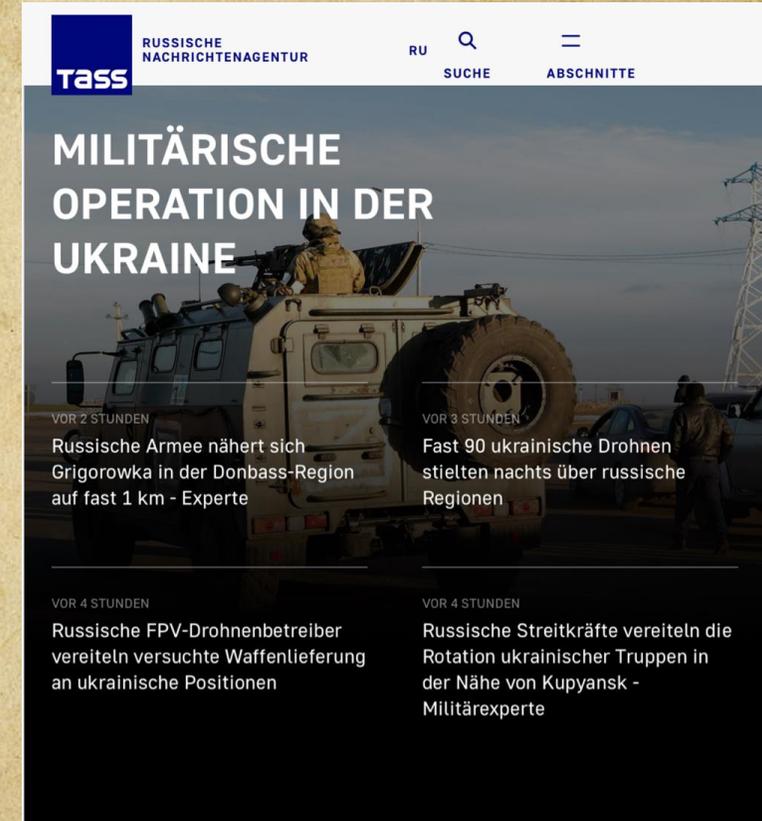
Außerdem wird der Schaden, den die Ukraine an der zivilen Infrastruktur und dem Eigentum der Anwohner verursacht hat, festgestellt. Derzeit wurden nach Angaben der Agentur Hunderte von Einrichtungen in 15 Siedlungen der Region Kursk von Spezialisten untersucht, und die notwendigen forensischen Untersuchungen werden im forensischen Expertenzentrum des Untersuchungsausschusses durchgeführt.

**Übersetzte Webseite der sich im Staatsbesitz befindlichen Nachrichtenagentur TASS (Q2)**

# Zweiter Fall: Zensur in Putins Russland

## III. Gesetz über Falschaussagen über das russische Militär

Nach der russischen Invasion in die Ukraine beschließt das russische Parlament 2022 ein Gesetz, das „Falschaussagen“ über das Militär verhindern soll (Q1, Q6). Dieses beinhaltet z.B., dass der Ukraine-Krieg offiziell nur noch „militärische Operation in der Ukraine“ oder „militärische Spezialoperation“ genannt werden darf. Diese Begriffe werden benutzt, um den Krieg zu verharmlosen. Außerdem stellt Russland den Angriffskrieg als eine Art „Abwehrmission“ einer vermeintlichen ukrainischen „Aggression“ dar und weist somit die Schuld von sich (Q7). Wer gegen das Gesetz verstößt und nicht-offizielle Informationen über den Krieg veröffentlicht, dem drohen eine Geldstrafe oder bis zu 15 Jahre Haft (Q1).



Übersetzte Webseite der sich im Staatsbesitz befindlichen Nachrichtenagentur TASS (Q2)

# Zweiter Fall: Zensur in Putins Russland

Auf dem Social-Media-Dienst „Dzen“ wird der ukrainische Präsident Selenskyj mit Adolf Hitler verglichen (Q8). Der Dienst befindet sich im Besitz der Nachrichtenagentur VK, welche größtenteils von der russischen Regierung kontrolliert wird (Q9). Seit 2023 soll Putin den russischen Medien vorschreiben Selenskyj nicht mehr als Präsidenten zu bezeichnen. Stattdessen können Begriffe, wie „Kiewer Führer“, oder „Chef des Kiewer Regimes“ benutzt werden (Q10).

Damit wird der ukrainische Präsident illegitimiert, was den Krieg aus russischer Sicht rechtfertigen soll.



# Ein Blick nach Deutschland...

In Deutschland gibt es heutzutage **keine Formen von Zensur**. Das Grundgesetz hält in Artikel 5 ausdrücklich fest, dass Zensur verboten ist, da es die Pressefreiheit einschränkt.

Doch es gibt Versuche von Parteien, bestimmte Inhalte zu zensieren. Ein Beispiel dafür wäre die AfD, welche die gendergerechte Sprache in öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Stellen verbieten will. Das kann als ein Schritt gewertet werden, die Deutsche Sprache einzuschränken und zu zensieren. (Q1)

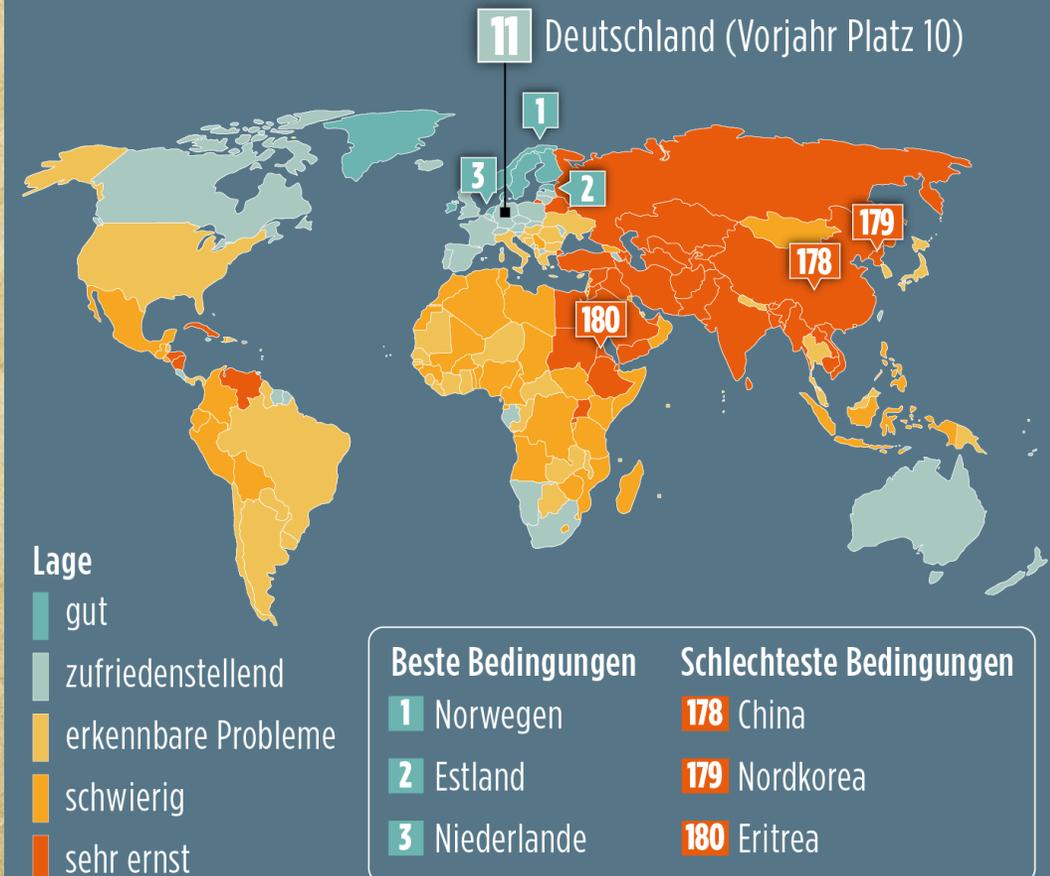
# Ein Blick nach Deutschland...

Deutschland steht im internationalen Ranking der Pressefreiheit auf Platz 11.

Doch warum „nur“ auf Platz 10, wenn es doch keine Zensur in Deutschland gibt?

Die Antwort: Bei dem Ranking geht es nicht nur darum, was von dem Staat selber eingeschränkt wird und was nicht, sondern auch darum, wie viele Angriffe und Drohungen es von Bürger:innen gegen Journalist:innen gibt. Dort schneidet Deutschland etwas schlechter ab als neun andere Länder. Auf Platz 1 landet Norwegen, gefolgt von Estland und den Niederlanden.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Staaten mit „sehr ernster“ Lage für die Presse. Deutschland fällt in der Rangliste aus den Top Ten



Die Rangliste für 180 Länder erfasst und bewertet u. a. Medienvielfalt, Unabhängigkeit der Medien sowie gewaltsame Übergriffe auf Journalisten